

Hemmingen, den 05.09.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schäfer,

hiermit stellen wir folgenden Antrag:

1. Es wird eine Arbeitsgruppe „Kinderbetreuung“ eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Fraktionen und Fachleuten aus der Verwaltung. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, bis spätestens Ende April 2018 Lösungen zu erarbeiten, um
 - a. **den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung zu gewährleisten.**
Hierzu ist zu erfassen, welche Angebote von Elternseite in welchem Maß nachgefragt werden. Gegebenenfalls sind hierzu auch Erfahrungen aus umliegenden Kommunen mit anderen Betreuungsmodellen auszuwerten.
 - b. **die Qualität in unseren Einrichtungen zu erhalten.**
Hierzu sind die Vorgaben des Landes auf konkrete Betreuungsmodelle vor Ort anzuwenden und gemeinsam mit dem KVJS abzustimmen. Dabei sollen ausdrücklich auch neue bzw. alternative Modelle ins Auge gefasst werden.
 - c. **die Finanzierbarkeit der Betreuungsangebote zu sichern.**
Hierbei streben wir an, den von den kirchlichen und kommunalen Trägerverbänden empfohlenen zwanzigprozentigen Finanzierungsanteil durch Elterngebühren in einem Zeitraum von zehn Jahren (bis zum Jahr 2027) zu erreichen.
Sollten Bund oder Land diesen Anteil zukünftig übernehmen, ohne dabei den bisherigen Landesanteil zu kürzen, kann auf die Umsetzung dieses Punktes verzichtet werden.
 - d. **Die Einführung von einkommensabhängigen Gebühren zu prüfen.**
Einige Nachbarkommunen (Markgröningen, Korntal-Münchingen, Eberdingen-Hochdorf) erheben zumindest im Ganztagesbetrieb einkommensabhängige Gebühren. Die Arbeitsgruppe sollte die verschiedenen Modelle vergleichen und einen für unsere Gemeinde gangbaren Weg hin zu einkommensabhängigen Gebühren aufzeigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat Vorschläge zu erarbeiten, unter welchen Bedingungen auf Basis der aktuellen Betreuungsmodelle ein Ganztagsbetreuungsangebot an drei von fünf Tagen auf Dauer beibehalten werden kann.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eventuell gemeinsam mit unseren Nachbarkommunen, die beiden Landtagsabgeordneten unseres Wahlkreises über die Hintergründe der derzeitigen Kostenentwicklungen bei der Kinderbetreuung zu informieren. Ziel muss es sein, dass sich das Land stärker an diesen Kosten beteiligt.
4. Wir beantragen einen Familienpass III zu beschließen. Dieser begrenzt die jährliche **Gebührenerhöhung** im Kinderbetreuungsbereich auf 40 Euro je Familie und Monat. In diesem Zusammenhang schlagen wir vor, dass die Verwaltung von Amts wegen prüft, ob eine solche Überschreitung von 40 Euro vorliegt, so dass die betroffenen Familien diese Ermäßigung nicht gesondert beantragen müssen.

Gezeichnet

Walter Bauer

Wolfgang Gerlach

Barbara von Rotberg